

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Landesverband Rheinland-Pfalz:

Fragen an Spitzenkandidat*innen zur Landtagswahl 2016

Antwort von Rainer Hilgert, Spitzenkandidat der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP):

1. Schutz von Artenvielfalt, Biotopverbund, nachhaltige Waldwirtschaft

Die erfolgreiche Ausweisung des Nationalparks im Hunsrück stellt eine wichtige Naturschutzmaßnahme dar und eröffnet neue Chancen für die Regionalentwicklung. Die Potentiale des Biosphärenreservates Pfälzerwald-Nordvogesen werden noch nicht ausreichend genutzt.

Frage des BUND: Welche Maßnahmen zur Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservats unterstützen Sie und wie wollen Sie in RLP eine naturnahe und nachhaltige Waldbewirtschaftung weiterentwickeln?

Antwort der ÖDP:

Die ÖDP steht für die nachhaltige Stärkung des Nationalparks und des Biosphärenreservates. In den letzten beiden Jahren wurden z.B. rund 23 Millionen Euro in den Nationalpark bzw. in Projekte des Nationalparks Hunsrück-Hochwald investiert. Dazu wurden etwa 10 Millionen Euro für Leader-Gruppen, Stadtentwicklung, Tourismus oder Breitbandausbau bereitgestellt. Bis 2020 sind aus Umweltministerium und EU-Programmen weitere 42 Millionen Euro vorgesehen. Die ÖDP sieht in diesen Investitionen einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Ökologisch nachteilige Projekte, wie z.B. der Ausbau der B 10 durch den Pfälzer Wald dürfen nicht erfolgen.

Die ÖDP fordert die Erhaltung des naturgemäßen Waldbaus im Staatswald durch Sicherung einer ausreichenden, qualifizierten Personalausstattung in den Forstrevieren. Die ÖDP steht für den Erhalt der Einheitsforstämter: Keine Zerschlagung der einheitlichen Bewirtschaftung von Staats- und Privatwald durch das Bundeskartellamt. Ausdehnung des naturgemäßen Waldbaus im Bereich des Kommunal- und Privatwaldes durch Förderprogramme (FSC-Zertifizierung).

Für den Erhalt der Biodiversität sind gut vernetzte Biotopsysteme von zentraler Bedeutung (siehe z.B. Grüner Wall im Westen, Rettungsnetz Wildkatze usw.).

Welche Schritte unternehmen Sie um den Biotopverbund zu verbessern und wie stellen Sie sich vor dem Hintergrund der sog. Schuldenbremse die weitere Förderung des Naturschutzes im Land vor?

Antwort der ÖDP:

Die ÖDP möchte die Aufstellung eines Landesnaturschutzprogramms, in dem der Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenwelt durch Erhalt, Vernetzung und Erweiterung von Biotopen auf bis zu 15% der Landesfläche festgeschrieben wird. Hierzu sind vorhandene Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH) ggf. zu vergrößern und entsprechende geeignete weitere Gebiete nach zu melden. Wir brauchen außerdem die Verbesserung der Umweltbildung in den Schulen und allen Bildungseinrichtungen. In den nächsten Haushaltsplänen darf der Naturschutz keinen Kürzungen unterliegen.

Planungsrechtliche Festsetzungen zu Vorrangflächen für den Naturschutz müssen erhalten bleiben und auch in nachgeordneten Planungen unbedingt Bestand haben. Auch im Landesentwicklungsprogramm sind aufgrund der Ergebnisse der Planung vernetzter

Biotopsysteme Kernräume für den Arten- und Biotopschutz auszuweisen, die in den regionalen Raumordnungsplänen (RROP) oder in Flächennutzungsplänen (FNP) im Rahmen der erneuten Abwägung Bestand haben müssen. Die Umweltverbände müssen Sitz und Stimme in den Regionalen Planungsgemeinschaften erhalten. Das dürfen sie seit der Gesetzesänderung im Dezember 2015 zwar beantragen -nachdem das Planungsministerium genau das seit dreieinhalb Jahren verschleppt hat- allerdings sind damit Kosten verbunden, die für nichtstaatliche, auf dem Ehrenamt basierenden und auf freiwilligen Mitgliedsbeiträgen und Spenden beruhenden Einnahmen schwer zu finanzieren sind.

2. Energiewende, Klimaschutz und Mobilität

Die weltweiten Bemühungen zur Abwendung eines Klimakollapses müssen auch bei uns wirksam untermauert werden – durch eine Fortführung der Energiewende einschließlich der Bereiche Energiesparen, Wärme, Dekarbonisierung und ökologische Steuerreform.

Wie stellen Sie sich die weitere Gestaltung der Energiewende und den Ausbau sowie die Steuerung der Erneuerbaren vor und welche Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Sie anstoßen?

Antwort der ÖDP:

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Erforschung und Entwicklung von Speichertechnologien für Erneuerbare Energien schnellstmöglich zu fördern. Das Land muss entsprechende Modellvorhaben finanzieren. Dies hat die rot-grüne Landesregierung massiv versäumt.

Die Landesregierung muss eine flächendeckende und umfassende Leitlinie für den Klimaschutz verabschieden, die sich nicht nur auf Verwaltungsgebäude beschränkt, und die Landkreise, Städte und Gemeinden ebenfalls zur Konzepterstellung veranlassen. Klimaschutz, oder genauer gesagt Energieautarkie und Energieeffizienz, muss zur kommunalen Pflichtaufgabe werden.

100% erneuerbare Energien sind zu fördern und der Ausstieg aus fossilen Energieträgern schnellstmöglich umzusetzen. Die Kommunen sowie kommunale und private Energieversorgungsunternehmen müssen in die Pflicht genommen werden, regenerative Energieträger, wie z.B. Solaranlagen, Windenergie, Geothermie (Erdwärme), Biogas und nachwachsende Rohstoffe (Pellets, Holz hackschnitzel) zu fördern und marktfähig zu machen. Kein Bau von Großkraftwerken, sondern kleine dezentrale Anlagen.

Bei Windkraftanlagen sind Natur- und Landschaftsschutz zu berücksichtigen. Die Entwicklung neuer Standorte für Windräder muss daher natur- und landschaftsverträglich gesteuert werden. Die Errichtung von neuen Windparks muss daher über die Regionalplanung verbindlich vorbereitet werden. Das LEP IV muss entsprechend geändert werden, um die Steuerung eines sinnvollen und naturverträglichen Windenergieausbaus wieder in der Ebene der Regionalen Raumordnung zu verankern. Trotzdem müssen die Kommunen bei den endgültigen Standortentscheidungen mit einbezogen werden. Auch muss man den Bürgern sowohl bei der Willensbildung, der Planung als auch einer möglichen finanziellen Beteiligung alle Möglichkeiten der Mitwirkung einräumen!

Beim Bau öffentlicher Gebäude sind alle Möglichkeiten der Energieeinsparung, z.B. der Einsatz sparsamer Blockheizkraftwerke und der Warmwassererzeugung durch Sonnenenergie, zu nutzen. Weiterhin muss auch die Förderung von Energiesparen, von Energieeffizienz sowie von regenerativen Energien vorangetrieben werden. Das Land muss für den Einsatz regenerativer Energien und umweltfreundlicher Heiztechniken im Zuge der Gesetzgebung, der Landesentwicklungsplanung und der Bereitstellung von Fördermitteln klare Prioritäten für eine nachhaltige Energiepolitik setzen. So müssen zweckgebundene Landesmittel für Bau- und

Sanierungsobjekte in den Kommunen mit einem Teil der Fördersumme (5-10%) in die Nutzung erneuerbarer Energien, z.B. Heizungsanlagen mit nachwachsenden Rohstoffen, investiert werden.

Der verkehrsbedingte Schadstoffausstoß ist nach wie vor hoch und schadet der Gesundheit. Die bürger*innennahe Bedienung der Räume mit öffentlichem Verkehr ist weiter unterentwickelt.

Welche Initiativen wollen Sie für eine vorrangige Förderung von Fuß-Rad-Bus- und Bahnsystemen in unseren Städten und in der Fläche ergreifen und wie stehen Sie zu den umstrittenen Großprojekten A643 durch den Mainzer Sand, A1, B10, Rheinbrücke Wörth, Mittelrheinbrücke?

Antwort der ÖDP:

Die fahrradgerechte Planung der Innenstädte ist als Voraussetzung für die Gewährung von Fördermitteln gesetzlich festzuschreiben. Die Aufnahme einer verpflichtenden Fahrräder-Stellplatzpflicht in die Landesbauordnung für Geschäfts- und Bürohäuser ist ebenfalls erforderlich. Wir brauchen auch ausreichende Fahrradabstellanlagen bzw. -parkhäuser an großen Bahnhöfen. Dabei ist zu beachten, dass weitere Stellmöglichkeiten, z.B. behindertengerechte Fahrradstellplätze, ebenfalls angemessen berücksichtigt werden.

Die ÖDP will eine gemischte Finanzierung des ÖPNV aus einem allgemeinen Grundbeitrag und einer nutzungsbezogenen, aber sozialverträglichen Fahrpreisgestaltung

Die ÖDP fordert die Prüfung von weiteren Optionen zur Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken für den Güter- und Personenverkehr. Weitere Elektrifizierung von Bahnstrecken aus ökologischen Gründen, z.B. im Nahetal. Der Rheinland-Pfalz-Takt ist qualitativ und quantitativ weiterzuentwickeln. Mehr Lärmschutz an Bahnstrecken, z.B. durch Flüsterbremsen für Güterwaggons, insbesondere im Mittelrheintal.

Straßenerhalt geht vor Straßenneubau. Eine Optimierung des Straßennetzes ist der reinen Vergrößerung des Straßennetzes vorzuziehen. Durch Straßenneubau funktionslos gewordene Straßen müssen rückgebaut werden. Die Bildung von streckenbezogenen Rücklagen für den dauerhaften Unterhalt der Bundesautobahnen, Bundes- und Landesstraßen beim Landesbetrieb Mobilität, um die Folgekosten wie z. B. Instandhaltungskosten nachhaltig einplanen zu können, ist dringend erforderlich.

Die ÖDP fordert den Ausbau der A643 (durch den Mainzer Sand/Lennebergwald) nach dem 4+2-Modell, ist für einen Baustopp am Hochmoselübergang, gegen die Straßenbauprojekte A1 in der Eifel und B 10 im Pfälzer Wald und gegen die Rheinbrücke bei Wörth. Wir teilen die Forderung des BUND nach einer Ersatzbrücke für die bestehende Straßenbrücke im Verlauf der heutigen B 10 über den Rhein statt dem Neubau einer zusätzlichen ca. 1,4 km langen nördlichen Straßenbrücke bei Karlsruhe (zukünftige B 293).

Die bestehenden Fährverbindungen im Mittelrheintal sind bedarfsgerecht zu optimieren und müssen in einem gemeinsamen Verkehrsverbund eingebunden sein. Dabei ist der besondere Bedarf der anliegenden Gemeinden nach Begegnung, kulturellem und wirtschaftlichem Austausch zu berücksichtigen. Eine Mittelrheinbrücke hingegen gefährdet die bestehende Anzahl an Rheinquerungen und den Welterbe-Status des Mittelrheintals.

3. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz

Grundlage einer gesunden Ernährung ist eine Wertschätzung von Lebens-Mitteln, die in umweltgerechter Landwirtschaft erzeugt und transparent vermarktet werden. Dies ist auch tierschutzgerecht und dient dem Klima- sowie dem Verbraucher*innenschutz.

Wie wollen Sie die heimische ökologisch-bäuerliche Landwirtschaft stärken, damit diese gegenüber der globalisierten agrarindustriellen Produktion eine Existenzchance behält?

Antwort der ÖDP:

In Rheinland-Pfalz brauchen wir die Beibehaltung der Förderung des ökologischen Land- und Weinbaus: Die Umstellung auf biologische Wirtschaftsweisen und die Regionalisierung der landwirtschaftlichen Direktvermarktung sind zu fördern. Ziel ist die Steigerung des ökologischen Landbaus auf 50 % der Bewirtschaftungsfläche bis 2030, langfristig auf 100%. Rheinland-Pfalz muss zur gentechnikfreien Zone erklärt werden. Einführung eines Gütesiegels „gentechnikfrei produziert“ auch im konventionellen Land- und Weinbau. Die ÖDP lehnt Massentierhaltung ab: Großmastereien oder Geflügelfarmen sollen im Land nicht zugelassen werden.

Die Existenzsicherung der bäuerlichen Familienbetriebe und einer flächendeckenden Landwirtschaft auch in ungünstigen Lagen muss Grundsatz der Agrarpolitik werden. Der ländliche Raum braucht für seine Lebensfähigkeit eine funktionierende Landwirtschaft als Grundstruktur, z.B. auch als Basis für einen verträglichen Tourismus. Konkret will die ÖDP einen Existenzsicherungsvertrag auf Gegenseitigkeit, bei dem das Land Rheinland-Pfalz den Bäuerinnen und Bauern einen Vertrag für ökologische Produktion und Erhalt der Kulturlandschaft anbietet (siehe dazu unser Bundespolitisches Programm im Internet www.oedp.de). Tragen die Landwirte und Winzer zur Erhaltung von Kulturlandschaft, Biotopen und Arten bei, sollen sie stärker finanziell gefördert werden.

Die ÖDP fordert außerdem die Einrichtung des Amtes eines unabhängigen Landes-Tierschutzbeauftragten mit Klagebefugnissen, der von den Tierschutzverbänden vorgeschlagen wird.

4. Wirtschaft, Bildung, Demokratie

Ein zukunftsfähiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem setzt auf „Teilen statt Spalten“, also statt auf globalisierten Welthandel auf Ressourcenschonung, hohe Umwelt- und Sozialstandards, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze vor Ort, und fußt auf einem ökologisch fundierten, integrativen Bildungssystem.

Welche Schritte unternehmen Sie zu fairen, transparenten Handelsbeziehungen statt TTIP, TISA und CETA und wie wollen Sie in RLP eine nachhaltige Regionalentwicklung stärken sowie eine breite ökologische Bildung?

Antwort der ÖDP:

Die ÖDP will darauf achten, dass Landtag und Landesregierung in allen Angelegenheiten der Europäischen Union, die auf die Landespolitik Einfluss nehmen, gehört werden und dass das Subsidiaritätsprinzip konsequent befolgt wird. Die ÖDP steht dafür, dass die Kommunen im Land ebenso beteiligt werden, wenn durch europäische Entscheidungen Aufgaben und Belange der Kommunen betroffen sind. Daher lehnt die ÖDP die geplanten Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, TISA, CETA) ab, die sich durch Demokratiefeindlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen dürfen nicht durch diese Abkommen unwiderruflich privatisiert werden.

Wir sind gegen die Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge (Wasser, Energieversorgung, Krankenhäuser usw.) durch die geplanten Freihandelsabkommen der EU. Sie führt zu hohen Preisen, einer schlechteren Qualität, z.B. des Trinkwassers, und schlechterer Versorgung vor allem in ländlichen Räumen. Rekommunalisierung und Regionalisierung der monopolistischen Energieversorgungsunternehmen sind ebenfalls anzustreben. Daher soll das

Land die Förderung der Rückübernahme der Strom- und Energieversorgung durch kommunale Werke initiieren.

Unser friedliches Zusammenleben und eine demokratische Teilhabe der Zivilgesellschaft sind durch antidemokratische Entwicklungen und Lobbyismus akut gefährdet. Welche Initiativen ergreifen Sie für eine verbesserte Bürger*innenbeteiligung an politischen Entscheidungen, für Transparenz und Teilhabe in der Wirtschaft und für eine angemessene Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements?

Antwort der ÖDP:

Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sind auf kommunaler Ebene und Volksbegehren und Volksentscheide auf Landesebene zu erleichtern und auf Bundesebene einzuführen. Die großen Hürden bei der Zulassung von Bürgerentscheiden sind auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren, wie es z.B. der Verein „Mehr Demokratie“ fordert. Ein weiterer entscheidender Faktor für die Zulassung und Akzeptanz eines Bürgerbegehrens ist die Verständlichkeit des Begehrens. Die ÖDP in Rheinland-Pfalz wünscht eine einfache, verständliche Sprache, um jeder Bürgerin und jedem Bürger die demokratische Teilhabe zu ermöglichen.

Bürgerinnen und Bürger sind im Rahmen von „Kommunalen Bürgerhaushalten“ an der Ausgabenpolitik der Kommune zu beteiligen.

Zwangsfusionen und Eingemeindungen gegen den Willen der beteiligten Kommunen und Bevölkerung sind zu unterlassen. Die Zusammenlegung von Kommunen darf nur auf Grund von Bürgerentscheiden erfolgen. Wir brauchen einen Ausbau der rechtlichen Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit. Die Zusammenlegung von besonders kleinen Landkreisen und kreisfreien Städten darf nur mit Rücksicht auf kulturelle Besonderheiten in der Bevölkerung erfolgen.

Mehr Kompetenzen für die direkt gewählten Ortsbeiräte und Ortsvorsteher, z.B. im Bereich der Finanzen, der Verkehrs- und der Bauleitplanung.

Über den Bundesrat ist anzustreben, dass Konzern- und Firmenspenden an Parteien zu verbieten sind, damit wir wirklich unabhängige Parteien und Volksvertreterinnen sowie -vertreter haben. Keine Lobbyisten in den Ministerien, die dort Gesetzesentwürfe erstellen.

Schlussbemerkung der ÖDP:

Abschließend möchte ich für die ÖDP Rheinland-Pfalz feststellen, dass wir Ihre „Thesen zur Landtagswahl 2016“ weitgehend teilen und entsprechend im Landtag unterstützen werden.

Für Rückfragen oder weitere Anregungen stehen wir gerne zur Verfügung.

*Mit freundlichen Grüßen
Rainer Hilgert,
Spitzenkandidat und Landesvorsitzender der ÖDP*